

Pressemitteilung

15.11.2016

## **Kommunen gegen Krieg und Sozialabbau**

### 1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im neugewählten Stadtrat

*Osnabrück.* Nach der konstituierenden Sitzung am 01.11.2016, beginnt mit der Sitzung am heutigen Dienstag, 15.11.2016, die Ratsperiode. Die neue Fraktion DIE LINKE. bringt einen Antrag unter dem Titel „Kommunen gegen Krieg und Sozialabbau“ in die Sitzung ein.

Für die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz weisen diese Themen einen unmittelbaren Bezug zur Kommune auf: „Es kann nicht angehen, dass auf der einen Seite der Etat für Aufrüstung und Kriegseinsätze im Bundeshaushalt kontinuierlich steigt und auf der anderen Seite den Kommunen die Mittel für dringend benötigte Investitionen fehlen.“.

Im Bundeshaushalt sind für das kommende Jahr knapp 37.000.000.000 € (11,1% des geplanten Haushalts für 2017) für Aufrüstung und Kriegseinsätze bereit gestellt. Dahingegen sehen sich die Kommunen mit klammen Kassen, Schuldenbremse und damit einhergehenden Sozialabbau konfrontiert. Dieses erleben die Bürger\_Innen in den Kommunen täglich: Investitionsstau in öffentlichen Einrichtungen, fehlender bezahlbarer Wohnraum, schlecht ausgebauter und teurer öffentlicher Nahverkehr und fehlende Investitionen in die Infrastruktur.

„Wir fordern eine klare Positionierung der Stadt Osnabrück gegen Krieg und für die kommunale Bevölkerung. Besonders als Friedensstadt muss es für die Stadt Osnabrück selbstverständlich sein, sich für den Frieden einzusetzen und sich dementsprechend öffentlich zu positionieren.“, merken die beiden Fraktionsmitglieder Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek weiterhin an.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel, die durch eine Umverteilung der Ausgaben für Aufrüstung und Kriegseinsätze frei würden, könnten in den sozialen Wohnungsbau fließen, einen günstigeren Nahverkehr ermöglichen und die Integration von geflüchteten Menschen verbessern. Diese Maßnahmen würden dabei allen Bürger\_Innen der Stadt zu Gute kommen und helfen, die Kommune nachhaltig und zukunftsfähig aufzustellen.

Die Fraktion DIE LINKE. erwartet vom Rat ein Bekenntnis zu seiner besonderen Verantwortung als gewählte Repräsentant\_Innen der Friedensstadt Osnabrück und eine Unterstützung des Antrags gegen weitere Aufrüstung und Sozialabbau.

Die Fraktion DIE LINKE. betont mit ihrem Antrag wofür sie in den kommenden Jahren im Rat Politik machen wird - für die kommunale Bevölkerung, für den sozialen Wohnungsbau, für eine Verbesserung der Infrastruktur, für einen besseren und günstigeren ÖPNV und für die Integration von geflüchteten Menschen.

Bierstrasse 29/31  
49074 Osnabrück  
Tel. 0152 5675 0888

[brandes-steggewentz@freenet.de](mailto:brandes-steggewentz@freenet.de)

Abschließen möchte sich die Fraktion noch einmal ausdrücklich bei allen Wähler\_Innen bedanken, die der Partei DIE LINKE. bei der Kommunalwahl im September ihr Vertrauen ausgesprochen haben. „Wir bedanken uns bei allen Wähler\_Innen für ihre Stimme und freuen uns in der kommenden Ratsperiode in Fraktionsstärke Bewegung in den Rat zu bringen.“, teilen Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek mit.

Bierstrasse 29/31  
49074 Osnabrück  
Tel. 0152 5675 0888

[brandes-steggewentz@freenet.de](mailto:brandes-steggewentz@freenet.de)